

Nürnberger Land, 27.02.2017

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer,

das Vorgehen bei der Planung der P44mod im Nürnberger Land wirft bei den betroffenen Bürgern zahlreiche Fragen auf.

Äußerst beunruhigend ist der ständige Wechsel von Äußerungen politischer Vertreter der CSU auf kommunaler Ebene, vor allem aber auch auf Bezirks- und Landesebene.

Im Dezember 2015 versicherte Ministerin Aigner nach ersten Unruhen im Landkreis Coburg, dass die bayerische Staatsregierung den Bau der P44mod ablehne: „Die befürchtete Trasse P44mod durch das Schnaittachtal, Ottensoos und Leinburg wird durch den Freistaat abgelehnt und ist quasi vom Tisch“.

Auch vorher schon hatte die Bayerische Staatsregierung wiederholt betont, man werde „harten Widerstand“ gegen die Projekte P44 und P44mod leisten, die weite Teile Nordbayerns in Mitleidenschaft ziehen würden.

Bei einem Gespräch zwischen MdL Norbert Dünkel und Vertretern der betroffenen Bürgerinitiativen im Juni 2016 wurde uns von Herrn Dünkel erneut versichert, dass auf der Grundlage des Ministerratsbeschlusses vom Dezember 2015 der Bau der Wechselstromleitung P44mod abgelehnt werde und der Ministerrat davon ausgehe, dass diese „derzeit nicht weiterverfolgt“ werde.

Minister Söder erklärte dann in der Folge in einem „Biergartengespräch“ in Entenberg auf Nachfrage der Bürgerinitiativen für die Planung der P44mod als „nicht zuständig“, da es sich bei dieser in die Planungsüberlegungen eingebrachten Trasse um eine Bundes- und keine Landesleitung handle. Die Firma TenneT konnte oder wollte bislang zum Status der P44mod keine Aussage treffen.

Im Falle einer Bundesleitung würden allerdings die geplanten bayerischen **Abstandsregelungen**, welche die Bürger in Sicherheit wiegen sollen, **nicht greifen!** Zudem sind die im LEP vorgeschlagenen Abstandsregelungen für einen notwendigen vorsorgenden Gesundheitsschutz der Anwohner völlig unzureichend.

Bei einem Treffen im November 2016 mit Bürgermeistern der Region auf Einladung der CSU im Heimatministerium wurde dann erneut postuliert, dass der Bau der P44mod „vom Tisch“ sei.

Nach der Veröffentlichung des NEP 2030 am 31.01.2017 erfolgte wiederum die Kehrtwende. Ministerin Aigner erklärte in einem Interview mit dem bayerischen Rundfunk gemäß der Koalitionsvereinbarungen vom Juli 2015: „Es gilt nach wie vor, dass es keine Überbündelung

in Grafenrheinfeld geben darf und dass Bestandstrassen hier im Vordergrund sind.“ Die P44 wäre im Gegensatz zur Alternativstrecke P44mod ins Nürnberger Land ein Neubau.

Diese Aussagen pro P44mod halten die Bürgerinitiativen für durchaus glaubwürdig, da diese eine Festlegung aus dem Koalitionsvertrag vom 1. Juli 2015 beinhalten (keine „Überbündelung“ in Grafenrheinfeld, „Bündelungsgebot“ mit Bestandstrassen).

Unsere Befürchtung ist, dass die P44mod ohne die von dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT auf Informationsveranstaltungen in den Gemeinden angegebenen Fristen auf der Grundlage des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes (NABEG) und unter großem Schaden für die Bevölkerung „durchgepeitscht“ wird. Die Firma TenneT selbst hält sich in dieser Frage mit Informationen zurück und schiebt die Verantwortung der Politik zu. Vertreter der Taskforce Netzausbau scheinen sich dagegen ausschließlich dafür zu interessieren, die Interessen der Netzbetreiber durchzusetzen. Eine Kommunikation findet nicht statt, die selbst postulierte Transparenz beim Netzausbau ist nicht ansatzweise erkennbar.

Da die P44mod als Ausfalleitung der HGÜ-Leitungen notwendig wäre (n-1-Regel), stünde sie zudem einer effektiven Energiewende entgegen. Sie wäre – wie auch die HGÜ-Trassen - Teil des europäischen Stromhandelsnetzes und wird nicht für die Versorgungssicherheit des Freistaates Bayern benötigt.

Wir wären Ihnen äußerst dankbar, wenn Sie für eine eindeutige Klärung sorgen und diesem widersprüchlichen Auskunftswirrwarr der CSU-Vertreter eine eindeutige Stellungnahme der bayerischen Landespolitik gegenüberstellen würden.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Kraus, Sprecherin der BI Schnaittach

Olaf, Lüttich, Sprecher der BI Leinburg

Dörte Hamann, Sprecherin Aktionsbündnis
gegen die Süd-Ost-Trasse

Bürgermeisterin Martina Baumann, Vertreterin der Kommunen
gegen einen überdimensionierten Netzausbau